

36. Deutscher Evangelischer Kirchentag
Resolution: „Mehr Verantwortung für den Frieden -
Deutsche Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs“

- Adressaten:** Die Bundesregierung, vertreten durch Bundesaußenminister Sigmar Gabriel
- Antragstellende:** Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe;
Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden;
Dietrich Becker-Hinrichs, Akademiedirektorin Arngard Uta Engelmann, Udo Grotz, Dr. Dirk-M. Harmsen, Kirchenrätin Anne Heitmann, Oberkirchenrätin Karen Hinrichs, Aline Jung, Christian Keller, Robert Kölblin, Oberkirchenrat Dr. Matthias Kreplin, Stefan Maaß, Johannes Maier, Jürgen Menzel, Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht, Theodor Ziegler
- Ansprechpartner:** Dr. Dirk-M. Harmsen, Leitungskreis Forum Friedensethik (FFE), Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe
- Veranstaltung:** V.FDE-002 „Mehr Verantwortung für den Frieden“, Fr. 26. Mai 2017, 11.00 – 13.00 Uhr, Messe Berlin, CityCube, Ebene 2, Halle B

Resolution:

Seit dem 27. März 2017 verhandeln 132 von 193 Staaten der Vereinten Nationen (UN) über ein völkerrechtlich verbindliches Atomwaffenverbot. Deutschland als Mitglied der NATO nimmt an diesen Verhandlungen bisher nicht teil.

Das Vertragswerk zur Ächtung von Kernwaffen wird folgende Verbote umfassen: die Entwicklung, Produktion, Tests, Finanzierung, Beschaffung, Bereitstellung, Lagerung und den Transport von Kernwaffen, sowie das Drohen mit und den Einsatz von Kernwaffen. Ähnliche internationale Verbote gibt es bereits für chemische und biologische Massenvernichtungswaffen.

Das Vertragswerk wird so formuliert sein, dass der Kernwaffen-Nichtverbreitungs-Vertrag (Nuclear Non Proliferation Treaty (NPT, 1970 in Kraft getreten) seine Gültigkeit behält und den kernwaffenbesitzenden Staaten durch Beitritt ermöglicht, ihre dort festgelegten Verpflichtungen **jetzt** zu erfüllen.

1. **Wir fordern die Bundesregierung auf, an den gegenwärtig laufenden UN-Verhandlungen zur Ächtung von Kernwaffen teilzunehmen und diese nicht weiterhin zu boykottieren.**
2. **Wir fordern die Bundesregierung auf, die 'Nukleare Teilhabe' der Bundesrepublik Deutschland *jetzt* aufzugeben und die Lagerung von Kernwaffen auf deutschem Boden, wie beispielsweise im US-amerikanischen Atomwaffenlager in Büchel / Rheinland-Pfalz, zu verbieten. Diese Art 'militärischer Friedenssicherung' muss der Vergangenheit angehören.**

Bitte unterstützen Sie dieses Anliegen.